



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01 + 986.90-10

Drucksache 20-2505.1
Datum 23.06.2016

Beschluss

auf Empfehlung des Haushalts- und Vergabeausschusses

StadtKlimaAltona - Fördermittel für ein integriertes Klimaschutzkonzept für Altona nutzen

Themen wie Klimaveränderung und Klimaanpassung sind aufgrund der Berichterstattung in den Medien wieder verstärkt in den Fokus der Menschen gerückt. Der Bezirk Altona hat sich dem Thema schon im Rahmen der Agenda-21-Diskussionen zugewandt und im Jahre 2009 den Aktionsplan „Klimaschutz in Altona“ erarbeitet. Einige Themen konnten schon umgesetzt werden, wie die Landstromversorgung am Fährterminal oder das Projekt Energieberatung für Migrantinnen und Migranten. Ein Großteil der Ziele konnte jedoch noch nicht bewegt werden. Nicht zuletzt weil auf Bezirksebene keine entsprechenden Mittel vorhanden sind. Dies soll sich jetzt ändern.

Damit die bundesweiten Klimaschutzziele auf lokaler Ebene in den Stadtteilen und Quartieren umgesetzt werden können, wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl an Förderprogrammen für Kommunen geschaffen, von denen auch der Bezirk Altona profitieren kann. Darauf Bezug nehmend hat das Bezirksamt Altona gemäß Beschluss der Bezirksversammlung (Drs. 20-0575.1E vom 29.01.2015) den Auftrag erhalten, sich den Themen Klimaschutz und Energetische Quartierssanierung verstärkt zuzuwenden und Fördermittel zu beantragen.

Um das vielschichtige Thema strukturiert anzugehen, wurde beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) ein erster Baustein „Einstiegsberatung Klimaschutz“ beantragt (siehe Drs. 20-0995.1 vom 26.03.2015), der vom Fördermittelgeber auch genehmigt wurde. Aus dem anschließenden Vergabeverfahren ist die ZEBAU (Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt GmbH) als bester Anbieter hervorgegangen und hat Mitte Februar 2016 die Arbeit aufgenommen. Bislang haben, neben der Ermittlung aktuell verfügbarer Daten zur Klärung der Ausgangssituation, diverse Expertengespräche stattgefunden und es wurden Workshops mit Vertretern der Verwaltung (04/2016) und Vertretern der bezirklichen Ausschüsse der Bezirksversammlung (05/2016) durchgeführt.

Bei den Beratungsgesprächen wurde bislang deutlich, dass dem ersten Baustein Einstiegsberatung möglichst die – nach dem Förderprogramm „Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative“ des BMUB vorgesehene – Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes folgen sollte (www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen/foerderung/die-kommunalrichtlinie). Ein integriertes Klimaschutzkonzept schafft nicht nur eine umfassende Klärung der Ist-Situation und der angestrebten Ziele in den verschiedenen Handlungsfeldern, das Konzept stellt auch ein strategisches Mittel für das Handeln im kommunalen Klimaschutz dar, denn es bildet die Grundlage für die Akquise weiterer Fördermittel für die Umsetzung (z.B. Klimaschutzmanager, Investitionsförderungen, Wettbewerbsteilnahmen). Die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes soll unter Beteiligung der bezirklichen Gremien und der

Öffentlichkeit erfolgen.

Um die derzeit sehr guten Förderbedingungen auf Bundes- und auf Landesebene zu nutzen, sollen die entsprechenden Fördermittel zeitnah beantragt werden. Die Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMUB fördert die

1. Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes - Förderquote 65 % (Laufzeit: 1 Jahr)
2. Einrichtung einer Personalstelle / Klimaschutzmanager – Förderquote 65 % (Laufzeit 3 Jahre, mit Option auf Verlängerung um 2 Jahre), Personalstelle der Entgeltgruppe 12 TVöD

Die Förderprogrammatik der Kommunalrichtlinie sieht üblicherweise eine aufeinander aufbauende Vorgehensweise vor. Darüber hinaus sieht die Kommunalrichtlinie zwei Antragsfenster im Jahr vor, die sich am 31. März bzw. am 30. September jeden Jahres schließen. Würde der Bezirk die Fördermittel nach dem üblichen Prinzip in Anspruch nehmen, könnte das Klimaschutzkonzept erst Ende 2017 starten und ein Klimaschutzmanager ca. ab November 2019 tätig werden.

Aufgrund der derzeit guten Fördersituation soll der Förderantrag für das Klimaschutzkonzept bereits im Rahmen der Einstiegsberatung (bis 30. September 2016) gestellt werden. Da das angestrebte Vorgehen in Altona von Seiten der Leitstelle Klimaschutz der BUE unterstützt wird, ist diese bereit, die Hälfte der Kosten für das Klimaschutzkonzept zu übernehmen. Bei geschätzten Kosten von 150.000 Euro für ein Klimaschutzkonzept würde sich die Kostenverteilung wie folgt darstellen:

Bund (BMUB):	65 % entspricht 97.500 Euro
Land (BUE):	17,5 % entspricht 26.250 Euro
Bezirk Altona:	17,5 % entspricht 26.250 Euro

Weiterhin wird derzeit versucht, das Klimaschutzmanagement unter Bezugnahme auf den Hamburger Klimaplan

(www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/50890/hamburgerklimaplan.pdf) parallel zu beantragen. Um die parallele Beantragung zu ermöglichen, laufen derzeit Abstimmungsgespräche zwischen der BUE und dem Fördermittelgeber des Bundes. Das Ziel ist nicht nur eine zeitnahe Nutzung der Fördermittel, sondern insbesondere auch eine inhaltlich bessere Verzahnung von Konzepterstellung und Personaleinsatz zu erwirken. Die Kosten für das Klimaschutzmanagement würden von der BUE übernommen werden.

Für die jeweilige Antragstellung ist es notwendig, die Eigenmittel des Bezirks Altona vorab geklärt zu haben. Denn erst nach Zustimmung der Bezirksversammlung zum Vorgehen und der Reservierung der Eigenmittel können die Anträge bei der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) gestellt werden, um im Anschluss die Bundesmittel beim BMUB beantragen zu können (Frist 30.09.2016).

Hinweis: Im Rahmen des letzten Workshops „StadtKlimaAltona – Einstiegsberatung Klimaschutz“ (voraussichtlicher Termin: 31. August 2016) wird der konkrete Antrag vorgestellt und kann bei Bedarf ergänzt werden.

Der Beantragung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Altona wird zugestimmt.

Dafür werden Mittel für den Eigenanteil in Höhe von 26.500 Euro zur Verfügung gestellt. Vorrangig sollen die Mittel aus dem Förderfonds konsumtiv Wohnungsbau verwendet werden, hilfsweise allgemeine Mittel der Anreiz- und Fördersysteme konsumtiv. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass dem Bezirk die entsprechenden Mittel aus der Prämienausschüttung 2016 aus dem Fördersystem Förderfonds Bezirke zur Verfügung gestellt werden.